



## **Parlamentarier-Konferenz Bodensee**

### **Protokoll der 39. Sitzung**

**Datum und Zeit:** Freitag, 19. Oktober 2012, 9.30 bis 12.30 Uhr

**Ort der Sitzung:** Kursaal Heiden

**Vorsitz:** Ivo Müller, Kantonsratspräsident Appenzell Ausserrhoden

**Protokoll:** Sonja Forrer, Kantonskanzlei Appenzell Ausserrhoden

- Traktanden:**
1. Eröffnung und Begrüssung
  2. Genehmigung des Protokolls der Tagung vom 30. März 2012
  3. Rückblick auf die Frühjahrstagung vom 30. März 2012
  4. Schwerpunktthema «Zwischenräume»; Projektvorstellung aus den Mitgliedsländern und -kantonen
    - 4.1. Interreg Projekt Klein- und Kleinstschulen im alpinen Raum
    - 4.2. Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum – ELR
    - 4.3. Betrieb eines Fährbetriebes für Fussgänger und Radfahrer
    - 4.4. Erlebniswandern in der Welt der Nagelfluh
    - 4.5. Diskussion über das Schwerpunktthema «Zwischenräume»
  5. Homepage; weiteres Vorgehen
  6. Kurzbericht über die Aktivitäten der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK)
  7. Kurzbericht über die Aktivitäten des Bodenseerates
  8. Information über den Vorsitz des Freistaates Bayern im Jahr 2013
  9. Allfälliges



## Teilnehmende:

<b>Appenzell Ausserrhoden</b>	Ivo Müller Edith Beeler Konrad Meier Susanne Lutz Dr. Roger Nobs Nadja Holenstein Sonja Forrer	Kantonsratspräsident 1. Vizepräsidentin Kantonsrat Kantonsrätin Ratschreiber Assistenz Kantonsrat Protokollführerin Kantonsrat
<b>Appenzell Innerrhoden</b>	Josef Schmid Thomas Mainberger Martin Breitenmoser	Grossratspräsident Grossrat Grossrat
<b>Baden-Württemberg</b>	Wolfgang Reuther Hans-Peter Storz Martin Hahn	Landtagsabgeordneter Landtagsabgeordneter Landtagsabgeordneter
<b>Bayern</b>	Reinhold Bocklet Dr. Paul Wengert	1. Vizepräsident Landtagsabgeordneter
<b>Fürstentum Liechtenstein</b>	Arthur Brunhart Rainer Gopp	Landtagspräsident Landtagsabgeordneter
<b>St. Gallen</b>	Felix Bischofberger Monika Lehmann Walter Freund Dr. Claudia Friedl Michael Strebel	Kantonsratspräsident Kantonsrätin Kantonsrat Kantonsrätin Mitarbeiter parlamentarischer Kommissionsdienst
<b>Schaffhausen</b>	Matthias Freivogel Iren Eichenberger Beat Hedinger Bernhard Müller	Kantonsrat Kantonsrätin Kantonsrat Kantonsrat
<b>Thurgau</b>	Bruno Lüscher Fritz Zweifel	Vizepräsident Kantonsrat
<b>Vorarlberg</b>	Dr. Bernadette Mennel Dr. Gabriele Nussbaumer Ernst Blum	Landtagspräsidentin Landtagsvizepräsidentin Landtagsabgeordneter
<b>Zürich</b>	Bernhard Egg Bruno Walliser Brigitta Johner-Gähwiler Barbara Bussmann	Kantonsratspräsident 1. Vizepräsident 2. Vizepräsidentin Kantonsrätin



**Referenten, Gäste**

Marcel Lenggenhager  
Dr. Moritz von Wyss

Martin Birchler  
Klaus-Dieter Schnell  
Reto Zingg

Kantonsrat  
Leiter Parlamentsdienste

Vorsitzender des Ständigen Ausschusses  
Leiter IBK-Geschäftsstelle  
Ökoberatung Ebnat-Kappel



## 1. Eröffnung und Begrüssung

**Ivo Müller, Kantonsratspräsident Appenzell Ausserrhoden**, eröffnet die 39. Parlamentarier-Konferenz Bodensee mit folgenden Worten:

Es ist mir eine grosse Ehre, Sie im Namen des Kantonsrates von Appenzell Ausserrhoden zur Herbsttagung begrüssen zu dürfen. Im Frühling haben wir uns im Appenzeller Hinterland getroffen, anlässlich der Präsidententagung im Juni im Mittelland und heute treffen wir uns in Heiden im Appenzeller Vorderland. Die Gemeinde Heiden mit dem wunderschönen Blick auf den Bodensee schien uns ein geeigneter Tagungsort für diese Konferenz zu sein. Das Dorf Heiden wurde 1838 durch einen Dorfbrand während eines Föhnsturmes – der sicherlich noch stärker als der heutige war – innerhalb weniger Stunden völlig zerstört. Es wurde danach anhand eines einheitlichen Planes im klassizistischen Stil wieder aufgebaut. Nach dem Mittagessen werden Sie auf dem Spaziergang ins Henry-Dunant-Museum die Gelegenheit haben, die spezielle Architektur der Gebäude zu studieren. Heiden wurde auch durch Henry Dunant, den Gründer des Roten Kreuzes und erster Träger des Friedensnobelpreises, geprägt. Er hat seine letzten 20 Lebensjahre in Heiden verbracht und ist 1910 hier verstorben.

Hiermit eröffne ich die 39. Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee.

## 2. Genehmigung des Protokolls der Tagung vom 30. März 2012

**Ivo Müller, Kantonsratspräsident Appenzell Ausserrhoden**, hält fest, dass das Protokoll der 38. Parlamentarier-Konferenz Bodensee zusammen mit der Einladung versandt wurde. Da niemand eine Bemerkung anbringen möchte, stimmen wir über die Genehmigung ab.

*Das Protokoll vom 30. März 2012 wird einstimmig genehmigt.*

## 3. Rückblick auf die Frühjahrstagung vom 30. März 2012

**Ivo Müller, Kantonsratspräsident Appenzell Ausserrhoden**, möchte mit einem Rückblick auf die Frühjahrstagung in Urnäsch eine Brücke zu den Themen des heutigen Tages schlagen. Dem Vorbereitungsteam der diesjährigen Konferenzen ging es unter dem Titel «Zwischenräume» darum, Schwierigkeiten und Chancen von ländlichen Räumen aufzuzeigen. Appenzell Ausserrhoden beispielsweise ist ein solch ländlich geprägter Zwischenraum, der mit der volkswirtschaftlichen Entwicklung zu kämpfen hat. Dr. Roland Scherer von der Universität St.Gallen hat anlässlich der Frühjahrstagung eine wertvolle begriffliche Differenzierung von Räumen vorgenommen. Er sieht einerseits die grossen Zentren – die Metropolitanräume – und zwischen diesen Zentren die Zwischenräume. Andererseits sind die Zwischenräume selbst ebenfalls wieder in Zentren und Zwischenräume aufgeteilt. Er spricht bezüglich des Bodenseeraumes von einem Verflechtungsraum. Die Zwischenräume selbst unterteilt er in periurbane – also dem Zentrum nahe – und in periphere – dem Zentrum ferne – Räume. Dr. Scherer sieht die Chancen der periurbanen Räume vor allem in der Positionierung als Wohn- und Freizeiträume, auch deswegen, weil die Metropolen zu teuer und häufig zu unwirtschaftlich geworden sind. Die Chancen der peripheren Räume hat er in seinem Referat leider nicht dargestellt.

Ob sich die Referate der heutigen Tagung auf periurbane oder periphere Räume beziehen, werden wir sehen.



Entscheidend ist, wie sich die Probleme der ländlichen Räume angehen lassen bzw. wie sich Zentren und Zwischenräume gemeinsam entwickeln können oder welche Impulse von Zwischenräumen selbst ausgehen können. Ich freue mich, vier Referate zu Entwicklungsprojekten in ländlichen Räumen ankündigen zu können.

#### **4. Schwerpunktthema «Zwischenräume»; Projektvorstellung aus den Mitgliedsländern und -kantonen**

##### **4.1. Interreg Projekt Klein- und Kleinstschulen im alpinen Raum**

**Dr. Bernadette Mennel, Landtagspräsidentin Vorarlberg:** Dr. Gabriele Nussbaumer und mir ist spontan ein Thema eingefallen, als an der letzten Konferenz die Anfrage gestellt wurde, ob mehrere Regionen Projekte vorstellen könnten. Das Thema Klein- und Kleinstschulen spielt in Zwischenräumen eine bedeutende Rolle. Nachdem die Pädagogische Hochschule in Vorarlberg zusammen mit den Pädagogischen Hochschulen Wallis, Graubünden und St.Gallen ein sehr interessantes Forschungsprojekt zum Thema Schulen im alpinen Raum durchführte, waren wir der Meinung, dass dies für alle ein spannendes Thema wäre. Wie verändern sich Zwischenräume? Was kann gegen die Abwanderung in ländlichen Gegenden unternommen werden? Welche Rolle spielt dabei die Schule in einer Gemeinde?

Da die vier Regionen eine sehr ähnliche Topografie aufweisen und auch das ökonomische und soziale Gefüge, was die Regionalpolitik anbelangt, alle vor grosse Herausforderungen stellt, haben sich die vier Pädagogischen Hochschulen bereit erklärt, dieses grenzüberschreitende Forschungsprojekt, welches auch mit EU-Mitteln gefördert wurde, durchzuführen.

Zuerst möchten wir Ihnen einen kurzen Film über eine Kleinschule in Vorarlberg zeigen. *(Film wird vorgeführt.)*

Ich glaube, der Film hat eindrücklich vor Augen geführt, dass die Schule in einer Talschaft nicht nur einen bildungspolitischen Auftrag hat, sondern identitätstiftend für ein Dorf ist. Die Lehrpersonen in einem Dorf sind oft in Vereinen oder im Kulturbereich tätig und nehmen im sozialen Gefüge einen wichtigen Stellenwert ein. Für Eltern ist es wichtig zu wissen, dass es in einem Dorf eine Schule gibt. Durch diese Tatsache sind junge Familien auch geneigt, in eine Gemeinde zu ziehen. Der Auftrag der Schule geht also weit über den Bildungsauftrag hinaus, was in diesem Film deutlich gezeigt wurde.

**Zur Folie «Forschungsfragen»:** Die bereits erwähnten vier Pädagogischen Hochschulen haben sich mit unterschiedlichen Fragestellungen befasst. Auf deren zwei möchten wir näher eingehen, nämlich

- Welches sind wesentliche sozio-ökonomische Bedingungen in Vorarlberg und in den Kantonen Graubünden, St.Gallen und Wallis? und
- Welchen Stellenwert hat die Schule in alpin-ländlichem Umfeld?

An diesem Projekt haben sich über 50 Schulen beteiligt – vorwiegend Volksschulen, in der Schweiz aber auch höhere Schulen. Es wurden zahlreiche Interviews mit Bildungsverantwortlichen, Eltern, Kindern, Lehrpersonen, Direktoren und Gemeindeverantwortlichen geführt, sodass eine gute Datenbasis vorlag.

**Zur Folie «sozio-ökonomische Bedingungen»:** Es geht um die Bevölkerungsentwicklung von 1981 bis 2009,



in Prozenten ausgedrückt. St.Gallen verzeichnet einen Zuwachs von 20.31 %, Graubünden von 14.26 %, Wallis von 35.43 % und Vorarlberg von 21.06 %. Es ist klar ersichtlich, dass in Bergregionen nur ein Bevölkerungswachstum von 7.93 % generiert werden konnte.

Bei der Anzahl Arbeitsplätze pro 100 Einwohner verzeichnet St.Gallen 44.45, Graubünden 45.5, Wallis 39.43 und Vorarlberg 42.94. Die Ergebnisse aus dem alpinen Raum liegen mit 37.68 Arbeitsplätzen etwas darunter. Insgesamt gesehen liegt der Prozentsatz relativ hoch, in den Berggemeinden muss jedoch zwischen Tourismus- und Dorfgemeinden unterschieden werden.

Ein weiterer Indikator ist der Anteil der 15- bis 64-jährigen Frauen, die weder erwerbstätig noch in Ausbildung sind. Hier liegt der Anteil im alpinen Raum mit 33.09 % sehr hoch. Das ist ein wichtiger Indikator dafür, dass nur wenige Frauen im alpinen Raum erwerbstätig sind. Das lässt wiederum auf eine Abwanderung schliessen. Es wurde nachgewiesen und wissenschaftlich untersucht, dass es wichtig ist, entsprechende Arbeitsplätze vorzufinden, die sich mit Beruf und Familie vereinbaren lassen. Eine geeignete Infrastruktur und eine gute Nahversorgung sind wichtig. Viele Indikatoren sind notwendig, damit es in kleineren Gemeinden nicht zu einer Absiedlung kommt.

**Zur Folie «Leben und Aufwachsen in alpin-ländlichem Raum»:** Um ein entsprechendes Lebensumfeld in einem Dorf vorzufinden, sind folgende Daseinsgrundfunktionen notwendig: Arbeit, Wohnen, Grundversorgung, Mobilität, Freizeit und Erholung, In-Gemeinschaft-Leben und Bildung. Wir haben uns – wie bereits erwähnt – auf «Wohnen» und «Bildung» beschränkt.

**Zur Folie «Leben und Wohnen im alpin-ländlichen Raum:** Was muss eine langfristig angelegte Raumplanung und Regionalentwicklung besonders berücksichtigen? Wenn wir sehen, dass mangelnde Arbeitsplätze ein Hindernisgrund sind, lässt das darauf schliessen, wie wichtig es ist, auch in den Gemeinden Arbeitsplätze vorzufinden. Einen ebenfalls hohen Prozentsatz weist der Hindernisgrund «wenig Bildungsmöglichkeiten» auf. Das ist ein klares Bekenntnis zum Erhalt der Klein- und Kleinstschulen. Der Abgeordnete Blum aus Vorarlberg ist heute ebenfalls vor Ort. Im Parlament bekennen wir uns über die Parteigrenzen hinweg klar zum Erhalt der Klein- und Kleinstschulen, was sich auch auf die Fördersätze – gerade was Bauten und Umbauten von Schulen betrifft – auswirkt.

**Zur Folie «Zukünftige Wohnortvorstellungen von Schülern»;** **Dr. Gabriele Nussbaumer, Landtagsvizepräsidentin Vorarlberg:** Gerne möchte ich Ihnen verschiedene Befragungen präsentieren. Bei den Wohnortvorstellungen der Schülerinnen und Schüler sind beispielsweise markante Unterschiede festzustellen. Sie sehen, wie wichtig den Vorarlberger Schülern der Ort ist, in dem sie geboren wurden und wo sie zur Schule gehen können. Es ist eine hohe Identifikation mit dem Wohn- und Geburtsort festzustellen. In Vorarlberg sind die Werte besonders hoch, aber sie sind auch in Graubünden und im Wallis markant.

Die Schülerinnen und Schüler aus Vorarlberg möchten lieber nicht in einer Stadt wohnen. Diese Ansicht könnte sich im Laufe der Zeit jedoch auch ändern, Jugendliche würden wohl ganz gerne vorübergehend einmal in einer Stadt leben. Im Endeffekt möchten die Kinder aber grösstenteils nicht in einer Stadt zu Hause sein.

**Zur Folie «Schulorganisationsmodelle aus der Sicht der Akteure»:** Die nächste Befragung betrifft die Eltern und Lehrpersonen. Wie wichtig ist es den Eltern und Lehrpersonen, eine Schule in Gehdistanz vorzufinden? Diesbezüglich sind die Werte aus Vorarlberg ebenfalls sehr hoch ausgefallen, 96 % der Eltern und Lehrpersonen beurteilen dies als sehr wichtig. Offensichtlich ist dieser Umstand im Wallis und in



Graubünden nicht von derartiger Wichtigkeit.

**Zur Folie «Tabelle 2: Fragebogenerhebung Eltern»:** Hier werden die Werte aus Vorarlberg zur Wichtigkeit, dass alle Kinder den Kindergarten und die Primarschule in ihrem Dorf besuchen können, noch genauer dargestellt. 84 % der Eltern stimmen dem völlig zu und 13 % stimmen eher zu, was einen sehr hohen Gesamtwert von 97 % ergibt.

**Zur Folie «Tabelle 3: Fragebogenerhebung Eltern»:** Wie wichtig ist es, über schöne Lernräume zu verfügen? Auch auf diese Frage erfolgte eine sehr hohe Zustimmung. Die Schulen sollen nicht in Ballungsgebiete ausgelagert werden, sondern die Eltern möchten sie vor Ort vorfinden.

**Zur Folie «Tabelle 5: Fragebogenerhebung Eltern»:** Wenn die Schule eines Dorfes schließen muss, hat das für die Lebendigkeit des Ortes schwerwiegende Konsequenzen. Sie sehen, auch zu dieser Aussage wurden sehr klare Positionen bezogen.

Die Kleinschulen in Vorarlberg sind ein fixer Bestandteil der Bildungspolitik – und dies schon seit einigen Jahrzehnten. Wesentlich ist, dass sich die Politik und alle anderen Akteure zu 100 % hinter dieses Anliegen stellen. Kleinschulen kosten mehr, das ist klar. Wenn die Absiedelung von kleinen Dörfern und Bergregionen jedoch zu stark wird und keine Kinder mehr da sind, können die Schulen nicht mehr gehalten werden. Die Katze beisst sich in dieser Hinsicht selbst in den Schwanz: Existieren keine Grundschulen mehr, ziehen auch keine Familien zu.

**Dr. Bernadette Mennel, Landtagspräsidentin Vorarlberg:** Ich glaube, es wurde eindruckstark präsentiert, wie wichtig gute Lebensbedingungen, gute Bildungschancen und Erwerbsmöglichkeiten für junge Familien sind, damit sie in ein Dorf zuziehen. Gerne stehen wir für Fragen zur Verfügung.

**Dr. Paul Wengert, Landtagsabgeordneter Bayern:** Wie definiert Vorarlberg Kleinschulen, welche Größenordnung muss man sich darunter vorstellen? Wo liegt die Mindestgrenze, wenn es überhaupt eine gibt? Ab welcher Grösse gilt eine Schule nicht mehr als Kleinschule? Welcher Schultyp wird dort unterrichtet? Handelt es sich um eine reine Grundschule oder geht es über diesen Bereich hinaus?

**Dr. Bernadette Mennel, Landtagspräsidentin Vorarlberg:** In eine Kleinstschule gehen circa zehn Schülerinnen und Schüler, es wird jedoch von Ort zu Ort unterschieden. In einem Fall hatten wir nur noch vier Schüler, diese Schule mussten wir dann schliessen, und es war nicht möglich, eine Kooperation zu finden. Bei circa zehn Schülern liegt also die Untergrenze. Bei den Kleinschulen geht es vor allem um die Volksschule, also die ersten vier Jahre der sechs- bis zehnjährigen Kinder.

**Dr. Gabriele Nussbaumer, Landtagsvizepräsidentin Vorarlberg:** In einer kleinen Gemeinde mit 200 Einwohnern hätte die Schule geschlossen werden müssen, da nur noch fünf Schüler übrig blieben. Es wurde jedoch erhoben, wie viele Kinder in Zukunft beschult werden und die Eltern wurden befragt, ob sie im Dorf wohnen bleiben möchten. Es hat sich dann herausgestellt, dass eine Familie mit fünf Kindern unbedingt im Dorf bleiben wollte. Deswegen wurde eine Übergangszeit gewährt, um diese Kleinstschule erhalten zu können, obwohl sie mit fünf Kindern nicht mehr rentabel gewesen wäre.

**Dr. Paul Wengert, Landtagsabgeordneter Bayern:** Wo liegt die Obergrenze für Kleinschulen? Gibt es im Kreis der Mitgliedstaaten Überlegungen – welche wir in Bayern aus der Opposition heraus anstellen –



sogenannte Gemeinschaftsschulen einzuführen? Das wären also keine Gesamtschulen oder Einheitsschulen sondern Schulen, in denen Kinder praktisch bis zur Gymnasialreife zusammen beschult werden, um die Schule möglichst im Dorf belassen zu können. Gibt es dazu Erfahrungen oder ähnliche Überlegungen?

**Dr. Bernadette Mennel, Landtagspräsidentin Vorarlberg:** Diese Überlegungen gibt es bei uns auch. Bei 20 Kindern sprechen wir noch von einer Kleinschule. Sie haben gesehen, dass der Unterricht in Kleinschulen häufig altersdurchmischt stattfindet, was auch im Sozialen eine Bereicherung darstellt. Für die Lehrpersonen ist ein solcher Unterricht eine besondere Herausforderung und deshalb müssen an der Pädagogischen Hochschule diesbezüglich Fortbildungen angeboten werden.

**Brigitta Johner-Gähwiler, 2. Vizepräsidentin Kantonsrat Zürich:** Wir haben jetzt über Schülerinnen und Schüler gesprochen, jedoch noch nicht über die Rekrutierung des Lehrpersonals. Treffen Sie diesbezüglich auf Schwierigkeiten oder besteht seitens jüngerer Lehrpersonen eine Nachfrage, in einem etwas abgelegenen Dorf zu unterrichten? Wie rekrutieren Sie das Lehrpersonal?

**Dr. Bernadette Mennel, Landtagspräsidentin Vorarlberg:** Diese Thematik wird zu Recht angesprochen. Es besteht eher ein Mangel an Lehrpersonen, und deshalb stossen wir auch auf Schwierigkeiten. Dabei haben wir unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Es gibt junge Lehrpersonen, die eine solche Arbeitsstelle als spezielle Herausforderung betrachten. Im Zuge des Forschungsprojektes wurde eine junge Lehrperson interviewt, welche sehr eindrucksvoll erzählte, wie sie anfänglich auf Schwierigkeiten gestossen ist, um die verschiedenen Lehrpläne in einem Schulraum zu erfüllen. Schlussendlich war diese Lehrperson jedoch total begeistert, weil sie die Erfahrung gemacht hat, dass die pädagogischen Herausforderungen für eine Lehrperson auf dem Land andere sind, als in einem Ballungszentrum. Sie hat die Schönheiten eines Dorfes kennengelernt.

**Iren Eichenberger, Kantonsrätin Schaffhausen:** Können Sie noch etwas zur Finanzierung erläutern? Was kostet eine solche Kleinschule im Durchschnitt? Wer übernimmt die Kosten, die Gemeinde oder das Land? Gibt es unter den Ländern einen Kostenschlüssel?

**Dr. Bernadette Mennel, Landtagspräsidentin Vorarlberg:** Träger der Grundschulen sind die Gemeinden. Die Personalkosten der Lehrpersonen werden jedoch vom Bund vorfinanziert. Für Schulbauten und die Infrastruktur werden bei Kleinschulen als klares Bekenntnis seitens des Landes Vorarlberg Förderzusätze von 18 % bis 48 % gesprochen. Die Höhe des Fördersatzes ist abhängig von der Grösse der Gemeinde und ihrer Finanzkraft. Es gibt eine Sockelförderung von ca. 18 %, ansonsten ist die Förderung von der Finanzkraft und der Grösse der Gemeinde abhängig und kann insgesamt bis zu 48 % betragen. Vorarlberg muss aus diesem Grund immer wieder einen eher negativen Bericht seitens des Rechnungshofes des Bundes in Kauf nehmen, der uns dahingehend rügt, dass der Erhalt von Klein- und Kleinstschulen nicht zweckmässig, nicht sparsam und nicht wirtschaftlich sei. Nachdem im Vorarlberger Landtag ein klares Bekenntnis zum Erhalt der Kleinschulen erfolgte, nehmen wir diese Rüge gerne an.

## 4.2. Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum – ELR

**Martin Hahn, Landtagsabgeordneter Baden-Württemberg:** Ich darf dieses Referat in Vertretung unseres Landtagspräsidenten halten. Gerne möchte ich Ihnen seine besten Grüsse ausrichten. In Baden-Württemberg kennen wir das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR). Bereits seit dem Jahr 1995 ist das ELR das





zentrale Förderinstrument für den ländlichen Raum in Baden-Württemberg. Es handelt sich um ein Förderprogramm Baden-Württembergs zur Strukturentwicklung der Gemeinden im ländlichen Raum. Das ELR verfolgt mehrere Ziele. Zum einen will das Land die Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum verbessern. Mit dem Programm soll der Abwanderung entgegengewirkt und der landwirtschaftliche Strukturwandel abgefedert werden. Ein sorgsamer Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen versteht sich von selbst. Rund 69 % unserer Landesfläche gehören zum ländlichen Raum und 34 % der Bevölkerung in Baden-Württemberg leben dort. Damit die Lebensqualität im ländlichen Raum erhalten bleibt und weiter gestärkt wird, hat Baden-Württemberg seit 1995 1.2 Milliarden Euro an Fördermitteln im Rahmen des ELR-Programmes bereitgestellt. Mit diesen Mitteln wurden in über 900 Gemeinden in Baden-Württemberg 5'500 kommunale Projekte und über 7'000 private Wohnbauprojekte unterstützt, sowie knapp 8'000 gewerbliche Investitionsvorhaben verwirklicht. Ein Erfolg, der sich sehen lassen kann.

Die Baden-Württembergische ELR-Förderung kann dabei teilweise ergänzt werden durch Fördermittel der Europäischen Union zur Stärkung von Beschäftigung und regionaler Wettbewerbsfähigkeit, sowie zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Regionale und europäische Förderung des ländlichen Raumes ergänzen sich damit bestens. In Baden-Württemberg bieten wir unseren Gemeinden ein Maximum an Unterstützung. Im Jahre 2012 wird Baden-Württemberg knapp 53 Millionen Euro im Rahmen der ELR-Förderung im ländlichen Raum zur Verfügung stellen. Diese Mittel werden 825 Projekten in 360 Gemeinden des Landes zu Gute kommen. Anhand der hohen Fördersumme können Sie unschwer erkennen, dass die Stärkung des ländlichen Raumes von zentraler Bedeutung ist. Grundlage für die Aufnahme in das Förderprogramm ist immer ein Antrag der Gemeinde. Die Gemeinde muss bei der Antragstellung ein örtliches Entwicklungskonzept vorlegen, indem die strukturelle Ausgangssituation und die Entwicklungsziele des Ortes dargelegt werden müssen. Wurde eine Gemeinde einmal ins ELR-Programm aufgenommen, können kommunale, private und gewerbliche Investitionen mit ELR-Fördermitteln des Landes unterstützt werden. Bei den geförderten kommunalen Massnahmen handelt es sich in erster Linie um Projekte zur Verbesserung des Wohnumfelds einer Gemeinde zur Steigerung der Aufenthaltsqualität sowie zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern. Dies kann etwa durch die Erneuerung und Verschönerung von Dorfplätzen, Begrünungsmassnahmen und durch das Schaffen von Sitzplätzen im Ortskern einer ländlichen Gemeinde erfolgen. Eine wichtige Bedeutung kommt auch der Schaffung von kommunalen Begegnungsstätten – etwa dem Bau eines Gemeindehauses – zu. Bis zu 750'000 Euro kann eine Gemeinde für ein derartiges Projekt an Unterstützung aus dem Landeshaushalt erhalten. Bis zu 40 % eines Projektvorhabens können dabei durch ELR-Mittel finanziert werden.

Gefördert werden auch private Wohnbauprojekte, z.B. die Umnutzung von leerstehenden Gebäuden zu Wohnraum im Ortskern eines Dorfes. Besonderen Wert wird bei der Förderung privater Bauvorhaben auf eine energetische Sanierung der Gebäude gelegt. Umnutzungsvorhaben werden dabei mit bis zu 40'000 Euro gefördert, Modernisierungsvorhaben oder die Überbauung von Bauöden werden immerhin noch mit bis zu 20'000 Euro gefördert. Es kann sich finanziell lohnen, sich im Ortskern einer Gemeinde im ländlichen Raum niederzulassen. Mit dieser Massnahme kann dem Aussterben der Ortskerne im ländlichen Raum auf wirksame Weise entgegengearbeitet werden. Damit Arbeitsplätze im ländlichen Raum erhalten bleiben und sogar neue Stellen entstehen können, werden im Rahmen des ELR-Programmes auch kleine und mittelständische Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeitenden gefördert. Erweiterungsinvestitionen solcher Unternehmen können mit einem Regelfördersatz von 10 % und einem maximalen Fördervolumen von 200'000 Euro gefördert werden. Private Investitionen im ländlichen Raum sollen durch diese Massnahme unterstützt werden. Eine besondere Bedeutung kommt bei dieser Förderung der Reaktivierung stillgelegter Gewerbebrachen zu.



Anhand der Gemeinde Frickingen – eine ländliche Gemeinde im Bodenseekreis – möchte ich Ihnen konkret aufzeigen, welchen positiven Effekt das ELR für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum hat. Die Gemeinde Frickingen hat circa 2'900 Einwohnende und besteht aus den drei Ortsteilen Altheim, Leustetten und Frickingen. Die Gemeinde liegt im oberen Salemertal, im sogenannten Hinterland des Bodensees. Die einzelnen Ortskerne der Gemeinde werden durch ein charakteristisches Ortsbild mit Kirche, altem Rathaus und Fachwerkbauernhäusern geprägt. Ringsherum gibt es viel Landschaft und viele Obstgärten. Die Landwirtschaft – insbesondere der Obstbau – spielt in der Gemeinde eine zentrale Rolle. Die Gemeinde hat einen steigenden Anteil an älteren Bewohnern und leidet unter dem Strukturwandel in der Landwirtschaft. Dies hat zur Folge, dass in den alten Ortskernen immer mehr Gebäude leer stehen. Darüber hinaus sucht eine zunehmende Zahl von Menschen eine Beschäftigung im Handwerks-, Industrie- oder Dienstleistungsbereich, weil der Strukturwandel in der Landwirtschaft dazu führt, dass in einem Zeitraum von ungefähr zehn Jahren etwa 25 % der landwirtschaftlichen Betriebe aufgegeben werden und dadurch Arbeitsplätze wegfallen. Bereits seit 17 Jahren ist die ELR-Förderung in Frickingen ein effektives Instrument, um diesen strukturellen Herausforderungen zu begegnen. Seit 1995 sind in der Gemeinde Frickingen 29 Projekte mit einer Gesamtfördersumme von 2.4 Millionen Euro realisiert worden. Die Gemeinde erhielt dabei 1.5 Millionen Euro an Zuschüssen für kommunale Massnahmen. Mit der Unterstützung des Landes konnte z.B. ein historisches Fachwerkhaus zum Dorfgemeinschaftshaus mit Obstbau-Museum umgenutzt werden. Gefördert wurden darüber hinaus der Ausbau eines Dorfplatzes sowie der Neubau eines Bürger- und Gästesaals in der Ortsmitte. Durch diese Massnahmen konnte insbesondere das örtliche Gemeinschafts- und Vereinsleben nachhaltig gestärkt werden. Das Land fördert in Frickingen auch die Verbesserung der Breitbandinfrastruktur, was bei uns in weiten Teilen noch ein Problem ist. Baden-Württemberg wird im Jahr 2012 einen Zuschuss für den Netzbetreiber zur Versorgung der Betriebe und Haushalte in Frickingen in der Höhe von knapp 30'000 Euro auszahlen. Ein schneller Internetzugang ist heutzutage ein wichtiger Standortfaktor, sowohl für Unternehmen und Gewerbebetriebe als auch für Privatpersonen. Der ländliche Raum darf den Ballungsräumen daher in dieser Hinsicht in nichts nachstehen. Im Bereich der privaten Wohnbauförderung förderte das Land im Rahmen des ELR-Programmes vier private Bauvorhaben mit insgesamt 95'000 Euro. Familien werden durch diese Förderung dazu animiert, sich im Ortskern anzusiedeln und nicht weiter in den Neubausiedlungen, mit welchen neues Bauland verbraucht wird. Zur Erhaltung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze unterstützt das Land in Frickingen gewerbliche Projekte mit ELR-Mitteln. Insgesamt wurden bereits elf privat-gewerbliche Projekte mit ELR-Mitteln gefördert. Beispielsweise hat das Land die örtliche Landbäckerei Baader beim Neubau der Bäckerei mit einem Investitionsvolumen von 1.5 Millionen Euro mit einem ELR-Zuschuss in der Höhe von 130'000 Euro unterstützt. Der ansprechende Neubau der Bäckerei am Ortseingang hat sich inzwischen zu einem Blickfang entwickelt. Gefördert wurde auch ein Anbau des Lebensmittelmarktes Hiller mit einem Zuschuss von 140'000 Euro bei einem Gesamtvolumen von 1 Million Euro. Dabei handelt es sich für eine so kleine Gemeinde um einen sehr potenten Lebensmittelhändler, der sich entwickelt hat. Durch diese Unterstützung des Lebensmittelmarktes wird die Versorgung in der Gemeinde, und auch für die umliegenden Gemeinden, gesichert und nachhaltig verbessert. Insbesondere ältere Menschen im ländlichen Raum sind auf eine Einkaufsmöglichkeit von Lebensmitteln in der Nähe ihres Wohnortes angewiesen. Insgesamt hat das ELR-Programm mit dieser Massnahme 51 Arbeitsplätze gesichert und 11 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Ziel der gewerblichen ELR-Förderung ist auch die Reaktivierung leerstehender Gewerbebrachen. Dieses Ziel hat das ELR-Programm in der Restaurierung der Gewerbebrache «Gasthaus Hirschen» in Frickingen erreicht. Das ortsbildprägende Gebäude an der Hauptstrasse stand jahrelang leer und wird nun nach der Restaurierung wieder gewerblich und als Wohnung genutzt. Das restaurierte Gebäude verschönert das Ortsbild auf nachhaltige Weise.



All diese Beispiele anhand der Gemeinde Frickingen zeigen, mit welchem Umfang und auf welcher vielfältigen Weise das ELR-Programm zur Steigerung der Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum beiträgt. Durch die Förderung kommunaler Massnahmen, wie etwa den Bau eines Bürgerhauses oder den Ausbau und die Verschönerung eines Dorfplatzes, wird das Miteinander und das soziale Leben der Gemeindebewohner gestärkt. Durch die Förderung privater Bauvorhaben werden unsere Mitbürger dazu animiert, sich im ländlichen Raum niederzulassen und leerstehende Gebäude wieder mit Leben zu füllen. Nicht zuletzt werden durch die gewerbliche Förderung Arbeitsplätze im ländlichen Raum gesichert und neu geschaffen, damit unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht nur aus ökonomischen Gründen dazu gezwungen werden, in die Städte zu ziehen. Der zunehmenden Landflucht kann auf diese Weise effektiv begegnet werden. Ich denke, die anhand der Gemeinde Frickingen aufgeführten Beispiele zeigen deutlich auf, dass jeder Euro der ELR-Förderung gut investiertes Geld ist und zur Stärkung unserer ländlichen Räume in Baden-Württemberg beiträgt. Seit diesem Jahr ist es darüber hinaus erklärtes Ziel des ELR-Förderprogrammes, neben Strukturverbesserungen im ländlichen Raum, auch den Klimaschutz als weiteres Instrument für die Projektvorgaben heranzuziehen. Antragsteller müssen künftig nachweisen, inwieweit das von ihnen geplante Projekt auch dem Klimaschutz dient. Mit diesem weiteren Förderziel liegt Baden-Württemberg voll im Trend einer nachhaltigen und ökologischen Weiterentwicklung des ländlichen Raumes.

Frickingen ist ein sehr erfolgreiches Beispiel einer «vollzogenen» ELR-Förderung. Der Strukturwandel in Frickingen hatte seinen Höhepunkt vor ungefähr 15 Jahren. Frickingen befand sich damals im Umbruch vom Bauerndorf zum Wohnort mit weiterem Gewerbe. In dieser Situation war die ELR-Förderung für Frickingen enorm wichtig und zwingend. Inzwischen gehört Frickingen zu den ersten um den Speckgürtel, der sich von der Seegrenze Richtung Norden erstreckt. Die eigentliche Problematik beginnt in Baden-Württemberg heute ein paar Kilometer weiter nördlich. Frickingen ist nach wie vor eine Gemeinde, die Zuzug hat, die auf Grund des Zuzugs prosperiert und überhaupt keine Probleme mit der Infrastruktur hat. Unsere Sorge gilt zurzeit den Regionen hinter dem Speckgürtel, beispielsweise dem Kreis Sigmaringen. Dort sind einige Gemeinden zu finden, die schon viele Einwohner verloren haben. Aus einer der Gemeinden, die ich betreue, weiss ich beispielsweise, dass die Wasserleitungen zu gross sind und somit die Standzeiten des Wassers zu lange sind. In solchen Gemeinden ist der Wegzug der Bevölkerung so hoch, dass ganz profane Infrastrukturen zum Problem werden. Dies zeigt, wo wir in Zukunft Beihilfe leisten müssen.

Ich bin heute Morgen mit öffentlichen Verkehrsmitteln angereist und als Baden-Würtemberger ist man huldvoll, gegenüber den Schweizern und der Schweizer Infrastruktur. In Zukunft wird es zentral für uns sein, dass wir es schaffen, die Mobilität neu zu organisieren. Die Frage nach der Mobilität und der Infrastrukturschaffung für junge Familien – das heisst Arbeitsplätze und Kinderbetreuungsmöglichkeiten bereitstellen – wird zusehends auch im ländlichen Raum bedeutsam. Dies hängt stark davon ab, wie intensiv sich die Kommunen für den Weg der Modernisierung bereit machen und Angebote für junge Familien schaffen. Wenn wir diese Frage nach der Mobilität und der sozialen Infrastruktur hinbekommen, ist schon viel gewonnen. Am Beispiel Frickingen ist ersichtlich, dass eine Gemeinde möglicherweise in einen anderen Gürtel verschoben werden muss.

**Dr. Claudia Friedl, Kantonsrätin St.Gallen:** Vielen Dank für die interessanten Ausführungen. Ich bin überrascht vom Konzept und wie Sie das Ganze angehen. In unserem Kanton kenne ich kein Konzept, dass sich so vertieft mit dieser Frage befasst. Sie sagen, es braucht Verschönerungen von Dorfplätzen, Treffpunkte, bestehende Gebäude und Brauchen sollen neu genutzt werden. Ich finde dies einen sehr starken Ansatz, welchen ich bei uns nicht kenne. Am Ende Ihres Referates haben Sie angesprochen, dass eine bessere verkehrliche Anbindung an die grösseren, regionalen Zentren erfolgen müsste. Ist das auch ein Teil Ihres Konzeptes, indem Sie versuchen, Ihre Gemeinden zu beleben?



**Martin Hahn, Landtagsabgeordneter Baden-Württemberg:** Das ist ein Bereich, der sich nun wandelt. Durch die Veränderungen in der Gesellschaft haben wir Nacharbeit zu leisten. In den Gemeinden haben wir oft das Problem, dass ältere Menschen nicht mehr die vierstufige Familienstruktur um sich haben. Es gibt Gemeinden, in denen ältere Menschen nur in ihrem Heimatdorf gehalten werden können, wenn wir es schaffen, auch dort Betreuungsangebote anzubieten. Das ist eine grosse Herausforderung für uns, und wir müssen ehrlicherweise auch sagen, dass wir diesbezüglich im ELR noch Nacharbeit leisten müssen. In den Dörfern wird die Strukturerhaltung eine zentrale Anforderung sein. Den Gemeinden sind aus meiner Sicht im ELR zurzeit noch etwas zu sehr die Hände gebunden. Es handelt sich um ein starkes Element, das aufgrund der sich verändernden Situation weiterentwickelt werden muss. In der vorherigen Präsentation haben Sie sehr schön und idyllisch den intakten ländlichen Raum mit einer Dorfschule beschrieben. Ich bin selber auf einem Bauernhof mit vier Generationen aufgewachsen, sodass immer jemand da war. Die heutige gesellschaftliche Veränderung der Familienstrukturen bedingt jedoch, dass wir im ELR Nachbesserungen vornehmen und diese Veränderungen als Teil der Realität annehmen müssen.

**Monika Lehmann, Kantonsrätin St.Gallen:** Ich habe ebenfalls festgestellt, dass wir bei uns kein solches Programm kennen. Im Gegenteil: Es erfolgen immer mehr Fusionen von verschiedenen Gemeinden. Ich finde es jedoch ein wichtiges Anliegen, indem wir weiterkommen müssen. Mir ist die Finanzierung noch nicht klar. Verstehe ich es richtig, dass die Fördermittel vom Land kommen, die Gemeinden müssen die Projekte vorstellen und dann gehen jedoch auch Fördermittel an Private?

**Martin Hahn, Landtagsabgeordneter Baden-Württemberg:** Zentral ist, dass es sich um ein örtliches Entwicklungskonzept handeln muss. Die Gemeinde hat die Ziele und die notwendigen Schritte zu definieren. Bei der Entwicklung des Konzepts spielen private Objekte natürlich eine wesentliche Rolle. So werden auch private Projekte gefördert, genauso wie gewerbliche Projekte, wie beispielsweise der Lebensmittelmarkt Hiller, welcher eine zentrale Bedeutung für die Gemeinde hat. Es gibt abgestufte Fördersätze, aber es ist möglich, den privaten Wohnbau zu unterstützen. Diese Dreistufigkeit orientiert sich am öffentlichen Interesse. Die Unterstützung privater Initiativen im Rahmen des ELR-Programmes ist meiner Meinung nach wichtig und wertvoll. Bei der Förderung privater Projekte ist es jedoch umso wichtiger, dass die örtlichen Entwicklungskonzepte der Gemeinden sehr gut ausgearbeitet wurden, damit in den Dörfern eine Eindeutigkeit in der Priorisierung der Projekte besteht.

### **4.3. Betrieb eines Fährbetriebes für Fussgänger und Radfahrer**

**Felix Bischofberger, Kantonsratspräsident St.Gallen:** Es freut mich, nun ein Projekt aus der Schweiz – aus dem Kanton St.Gallen – vorstellen zu dürfen. Ich möchte an das Schlusswort meines Vorredners anschliessen. Weil wir keine solche Unterstützung seitens des Staates kennen, müssen unsere Projekte aus der Bevölkerung reifen und erhalten allenfalls über Zusammenschlüsse von Wirtschaftsräumen eine Unterstützung. Ansonsten gibt es jedoch keine Vorlage, die uns berechtigt, Projekte in dieser Art und Weise zu unterstützen. Im Kanton St.Gallen wird vermehrt die Initiative ergriffen, sie muss jedoch aus der Bevölkerung kommen. Es freut mich, dass Herr Reto Zingg nachher ein zweites Projekt aus dem Kanton St.Gallen vorstellen wird. Der Kanton St.Gallen reicht weit und umringt die beiden Kantone Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden. Es gibt verschiedene Ideen aus der Bevölkerung, und damit wir Ihnen unsere Zwischenräume etwas näherbringen können, werden wir zwei Projekte vorstellen.



Das erste, grenzüberschreitende Projekt betrifft einen Fährbetrieb für Fussgänger und Radfahrer von Altenrhein nach Gaissau. Es freut mich insbesondere, dass der Bürgermeister von Fussach, für welches das Naherholungsgebiet Rheinspitz eine grosse Bedeutung hat, auch anwesend ist und von diesem Projekt aus erster Hand erfährt. Der Alte Rhein wurde vor kurzer Zeit aufgrund eines Staatsvertrages renaturiert und ist ein Naherholungsgebiet für die gesamte Ostschweiz. Zudem führt die Bodenseewanderroute über den Radweg in die Schweiz durch das Dorf Altenrhein in der Gemeinde Thal. Man bräuchte nur auf einem Stuhl zu sitzen und auf Schweizer Seite pro Radfahrer einen Franken einzuziehen, und man müsste nicht mehr arbeiten gehen. Die gemeinderätliche Tourismuskommission Thal möchte eine nachhaltige Entwicklung dieses Tourismusortes angehen. Das Gebiet Rohrspitz/Fussacher Bucht sowie auf Schweizer Seite das Gebiet Marina Rheinhof sind heute nur über die Radfahrerbrücke auf der Höhe Rheineck erschlossen. Von Rorschach/Altenrhein her kommend muss man zu Fuss oder mit dem Rad also zuerst nach Rheineck, dann über die Brücke, und auf der gegenüberliegenden Seite wieder dieselbe Strecke entlang des Alten Rheins zurück gehen. Könnte man eine Abkürzung über den Rhein nehmen, würde man etwa 45 Minuten einsparen. Es wurden Ideen – auch aus der Bürgerschaft – gesammelt und viele waren der Meinung, dass ein Fährbetrieb die Lösung wäre. Als Parlamentarier dieses Wahlkreises ist es mir wichtig, die Stimme des Volkes mit in die Politik zu tragen. Somit entstand die Idee, in den Sommermonaten einen Fährbetrieb für Fussgänger und Radfahrer anzubieten. Eine solche Möglichkeit gibt es bereits am Untersee. Das Ganze soll einfach aufgebaut werden, auf der Insel Rügen gibt es genügend Beispiele, wie eine solche Fährverbindung eingerichtet werden könnte.

Die Erstellung eines Businessplanes ist nun im Gange, damit diese Idee auch auf eine finanzielle Kenngrösse gebracht werden kann. Hauptträger der Idee ist die Tourismuskommission Thal mit Einnahmen durch die Tourismusabgaben, welche übernachtende Gäste in der Gemeinde zu entrichten haben. Natürlich würde es uns freuen, wenn wir eine ideelle Unterstützung zum Thema «Zwischenräume» aus der Parlamentarier-Konferenz Bodensee erhalten könnten, um damit diesem wichtigen Anliegen etwas Nachdruck verleihen zu können. Auf dem Kartenausschnitt sehen Sie die geografische Ausrichtung unserer Idee. Es handelt sich um nichts grosses, man muss lediglich mit einem Schiff ans andere Ufer gelangen. Eine Brücke kann nicht gebaut werden, weil auf dieser Strecke ein Schiffsbetrieb erfolgt. Ebenso kann kein Seil unter dem Wasser gespannt werden, sondern man muss per Schiff von A nach B gelangen.

#### **4.4. Erlebniswandern in der Welt der Nagelfluh**

**Reto Zingg, Ökoberater in Ebnat-Kappel SG:** Den untersten Teil des Obertoggenburgs bilden die Gemeinden Ebnat-Kappel und Nesslau. In diesem Gebiet finden wir eine speziell vielfältige und interessante Landschaft vor, insbesondere den höchsten Nagelfluhberg Europas – den Speer – mit seinen knapp 2'000 Metern Höhe. Bei unserem Projekt handelt es sich um ein Ökotourismusprojekt. Für die zwei vielfältigen Gemeinden sind das Gewerbe, eine kleine Industrie und auch der Tourismus recht bedeutungsvoll. Nur wird den Touristen im Moment nur wenig geboten. In der Folge kommen die Touristen aus dem süddeutschen Raum und aus dem Schweizer Mittelland nur für einen Tag in unser Gebiet. Aus diesem Grund entstand unser Projekt. Dabei geht es aber auch um die einheimische Bevölkerung.

**Zur Folie «Gründe für das Projekt Erlebniswandern in der Welt der Nagelfluh»:** Die vorhandenen Lebensräume wollen wir auch der einheimischen Bevölkerung erschliessen. Es sollen Eventstellen geboten werden, denn wandern kann man schliesslich auch am Zürichberg. Wir möchten Spezielles und Originelles zeigen. Es sollen eigentliche Erlebnis- und Erholungsräume für die Bevölkerung aus den Agglomerationen – wir gehören bereits zum erweiterten Einzugsgebiet der Stadt Zürich – geschaffen werden. Die Menschen



sollen Neues erfahren und die Landschaften kennenlernen.

**Zur Folie «Warum gerade Erlebniswandern im Speergebiet»:** In der vielfältigen und interessanten Landschaft kommen noch seltenste Pflanzen und Tiere vor. Das Projekt wird so angelegt, dass nicht in empfindliche Räume getreten wird, sondern die bereits bestehenden öffentlichen Wanderwege werden genutzt. Zusätzlich wird eine neue Route gebaut, die sogenannte «Route blau». Das Teilgebiet Ebnat-Kappel erstreckt sich bis auf die Spitze des Speers. Nebst der «Route blau» mit den Eventplätzen ist ein vielfältiges ausgeschildertes Wanderwegnetz vorhanden. Die vorhandene Struktur soll miteinbezogen werden.

**Zur Folie «Projektziele»:** Unser Angebot soll familienfreundlich sein, Natur und Kultur sollen miteinander verbunden werden und eine Einheit bilden. Zudem möchten wir mit dem Projekt Werbung für unsere Industrie machen, denn wir verfügen über sehr interessante und florierende Kleinunternehmen. Weiter geht es um den Ausbau eines attraktiven Erholungsraumes. Als Hauptziele können die Steigerung des Standortmarketings und die Erhöhung der Wertschöpfung genannt werden.

**Zur Folie «Erlebniswandern auf zwei Routentypen»:** Hier sehen Sie die beiden geplanten Routen. Über die Eventplätze auf der blauen Route werde ich mich später noch äussern. Die rote Route bildet nur einen kleinen Teil des grossen Wanderwegnetzes im Raum Stein-Nesslau-Speer-Regulastein.

**Zu den Folien «Vorstellung Sinnäpark»:** Wir wollen etwas Besonderes bieten und verfügen über eine grossartige Idee aus Deutschland. Dort wurden bereits Sinnepärke geschaffen. Wir verwenden absichtlich die Mundart, wenn wir sagen: «Dä Sinnäpark als Teil vom Projekt Erläbniswandere z'Ebnat-Kappel und z'Nesslau (Der Sinnepark als Teil des Projekts Erlebniswandern in Ebnat-Kappel und Nesslau).» Es ist uns wichtig, dies in der eigenen Mundart auszusprechen. Es geht um einen Park zur Förderung der sieben Sinne. Sicherlich gibt es nicht nur sechs Sinne, es können auch elf Sinne sein. Wir werden Eventplätze schaffen, in denen diese Sinne erfragt werden können. Dies wird der Kern des Projektes auf der blauen Route sein. Ich könnte Ihnen einen Vortrag allein über den Sinnepark halten. Es wird ein Pavillon erstellt, indem man sich informieren kann. Sie werden verschiedene Achsen vorfinden, womit die wichtigsten Sinne erfahren werden können, beispielsweise der Gleichgewichts- und Tastsinn. In der Seh-Achse sieht man sich plötzlich sechsfach im Spiegel. In Badenweiler im Markgräferland gibt es bereits einen solchen Park und ich habe Familien gesehen, die sich köstlich amüsiert haben. In den Streifenspiegel können zwei Personen hineinschauen und es entsteht ein gemeinsames Gesicht. Das sind hochinteressante Dinge.

**Zu den Folien «Erlebnispfad Eichweiher»:** Wir verfügen bereits über eine Struktur, auf welcher wir aufbauen können, nämlich über den sogenannten Erlebnispfad Eichweiher. Dazu gibt es bereits einen Prospekt. Dieser Pfad wurde schon vor Jahren geschaffen und verfügt über ein Schulzimmer im Freien. Lehrmittel vom Kindergarten bis zur Mittelschule sind vorhanden. In diesem Gelände wird einerseits eine Wohlfühloase entstehen, und andererseits hat auch die Natur Platz. Ich bin Präsident der Schweizerischen Stiftung für Vogelschutzgebiete und unsere Stiftung verfügt an diesem Platz über fünf Hektaren Land. Eine gute Hektare davon wird für den Sinnepark zur Verfügung gestellt. Der Rest bleibt Natur pur. Unter anderem gibt es steile Lagen in einem Waldtobel, wo Gämsen vorkommen, und ab und zu streift auch der Luchs durch dieses Gebiet. Mit unserer Stiftung führen wir die Menschen auch an die Natur heran. Auf dem Erlebnispfad Eichweiher werden auf originelle Art und Weise Bäume vorgestellt, und dies nicht nur biologisch gesehen, sondern auch auf mystische, historische oder wirtschaftliche Art. Für die Rotbuche beispielsweise steht als Symbol das Schwein, welches früher Bucheckern in den Wäldern suchte.



**Zur Folie «Barfusswandern im Moor»:** Auf der blauen Route planen wir einen Barfusswanderweg in einem Moor. Es besteht bereits ein Pfad und der Moorschutz wird absolut eingehalten.

**Zur Folie «Ort der Stille – Ein Rückzugsraum für Ruhesuchende»:** In dieser Zeit der Hektik und der Burnouts wird immer wieder gewünscht, einen Ort der Stille zu schaffen. In einem ruhigen Waldgebiet mit einer kleinen Hütte kann man sich zurückziehen.

**Zur Folie «Erlebnisweg für Sehbehinderte und Sehende in der Rolle von Blinden (Vertrauensweg)»:** Zwischen zwei Alpen ist geplant, etwas für Sehbehinderte oder Sehende mit einer Augenbinde zu machen. Sehende können sich führen lassen und erfahren, was es bedeutet, nichts zu sehen.

**Zur Folie «Alperlebnis auf Ober Bächen»:** In der Alpwirtschaft Ober Bächen wird bereits Einiges angeboten wie beispielsweise Schlafen im Stroh, oder man kann bei der Herstellung von Alpkäse dabei sein. Auf Ober Bächen hat man eine herrliche Aussicht, an sonnigen Tagen sieht man sowohl den Zürich- als auch den Bodensee.

**Zur Folie «Erlebnisbereiche auf Bergbauernhof Eigenbrötlerei»:** Im Sinne einer Ausseninstallation des Sinneparks wird ein Schaukelpark eingerichtet. Von diesem Platz hat man eine wunderbare Aussicht auf den Alpstein, den Säntis und die Churfürsten. Weiter ist ein Blumenweg geplant, auf welchem die vorhandenen Pflanzen beschildert werden. Zudem wird ein Kräutergarten eingerichtet.

**Zur Folie «Erfrischung an der Thur»:** Als Abschluss der blauen Route kann man sich an der Thur erholen. Es gibt einen geeigneten Platz am Fluss, an welchem gebadet und gespielt werden kann.

**Zur Folie «Projektorganisation (Teilprojekt Ebnat-Kappel)»:** Ich beteiligte mich schon an vielen Projekten und habe dabei häufig erfahren, dass viele Köche den Brei verderben. Sind schon zu Beginn viele Ämter und Personen involviert, kommt man häufig nicht vorwärts. In diesem Fall haben wir mit einer begleitenden Kommission keine guten Erfahrungen gemacht. Interessanterweise hat auch die Tourismusvertretung nicht sehr fördernd mitgewirkt. Die beiden Gemeinden Ebnat-Kappel und Nesslau haben das Projekt deshalb selbst an die Hand genommen. Meine Erfahrung ist, dass bei einem guten Projekt meistens auch das Geld dafür gesprochen wird. Die Trägerorganisationen sind die politischen Gemeinden, in diesem Fall die Gemeinde Ebnat-Kappel. Dazu gibt es auch einen Gemeinderatsbeschluss und die Finanzen sind gesichert. Wir hoffen, dass die Gemeinde Nesslau auch noch nachziehen wird. Im Projektteam sind ein Umweltingenieur, eine Biologin, der Gemeinderatsschreiber – welcher die Finanzen betreuen wird – und meine Wenigkeit vertreten. Es handelt sich also um eine ganz einfache Struktur.

**Zur Folie «Werbung»:** Die Werbung wird wichtig sein. Unsere Symbolfigur, der Feuersalamander, kommt nur dort vor, wo sauerstoffreiches Quellwasser vorhanden ist – und das haben wir. Die Toggenburger nennen einen Feuersalamander «Mole», was vom Wort Molch abgeleitet wird. Die Verwurzelung mit dem Toggenburg ist uns sehr wichtig. Das Nagelfluhgestein mit seinen schönen Strukturen verwenden wir als Symbol für die Vielfalt des Projektes mit all seinen Teilen. In der Speer-Nagelfluh findet man Kalzit, Fliesch und andere Steinarten.

**Zur Folie «Ziel: Erlebniswandern als 100. bester Tipp»:** In der «Schweizer Illustrierten» wurden letzten Sommer 99 Eventplätze für den Sommertourismus in der Schweiz vorgestellt. Unsere Gegend war dabei nur spärlich vertreten und unser Ziel ist es nun, Tipp Nummer 100 zu werden. Der Sinnepark ist in Planung und



erste Schritte wurden bereits eingeleitet. Läuft alles gut, sind wir die einzigen in der Schweiz, die über einen solchen Sinnepark verfügen. Wir wollen aber kein Disneyland in der Landschaft, das ist heute eine grosse Gefahr, wenn ich sehe, was im Ausland Gigantisches für den Sommertourismus aufgebaut wird. So etwas können wir nicht verantworten. Die Menschen sollen sich in der Natur erholen, etwas erleben und sich über sie freuen können. Wir brauchen keine verrückten Dinge und Installationen, welche die Landschaft verschandeln.

**Edith Beeler, 1. Vizepräsidentin Kantonsrat Appenzell Ausserrhoden:** Die Vorstellung Ihres Projektes hat mich begeistert. Am Schluss haben Sie gesagt, dass Sie keine gigantischen Dinge oder Events aufbauen möchten. Wie möchten Sie dem Einhalt gebieten, wenn die Massen kommen? Wenn beispielsweise mehrere Schulklassen oder Gruppen die Gegend gleichzeitig besuchen, kann es trotzdem zu einer Massenansammlung kommen. Wie möchten Sie das steuern?

**Reto Zingg, Ökoberater in Ebnat-Kappel SG:** Ich glaube nicht, dass dies der Fall sein wird. Badenweiler ist ein sehr stark frequentierter Kurort, wobei die Elsässer etwa 50 % der Gäste ausmachen. Der Sinnepark erstreckt sich dort über ein weites Gebiet, was auch bei uns der Fall sein wird. Wir verfügen über ein sehr interessantes Kleinrelief, ganz verschiedene Landschaftskammern können entdeckt werden. Diesbezüglich habe ich keine Bedenken. Die blaue Route darf nicht unterschätzt werden, denn es handelt sich um eine Tagestour. Es kann jedoch an verschiedenen Orten eingestiegen werden. Ich bin schon der Meinung, dass unser Angebot im Bereich des Individualtourismus bleiben wird. Die ländliche Bevölkerung steht hinter unserem Projekt. Es wurden lange Gespräche geführt und initiative Bauernfamilien sind begeistert und machen mit. Ich glaube, wir werden das im Griff haben.

*Das Traktandum 8 wird vorgezogen.*

## **8. Information über den Vorsitz des Freistaates Bayern im Jahr 2013**

**Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Landtag Bayern:** Wir stehen in den Überlegungen zur Parlamentarier-Konferenz 2013 in engem Kontakt mit der Bayrischen Staatskanzlei, welche ihrerseits den Vorsitz auf der Regierungsebene inne haben wird. Nach unserem Parlamentsverständnis halten wir es für geboten, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen der Parlamentarischen Konferenz und der Regierungskonferenz stattfindet. Die Termine und inhaltlichen Vorgaben wurden miteinander abgestimmt.

Bei den Terminen verfügen wir über eine Vorgabe, welche wir nicht beeinflussen können, nächsten Herbst stehen nämlich Landtagswahlen an. Der endgültige Termin der Landtagswahlen liegt jedoch noch nicht fest. Zudem finden im selben Jahr Bundestagswahlen statt. Die Frühjahrstagung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee könnte nach unseren Vorstellungen am 17./18. März 2013 in München stattfinden. Wir möchten Sie auf den Sonntagnachmittag mit einem anschliessenden Abendessen in München einladen. Am Montag würde die Sitzung stattfinden. Die Herbsttagung würde unter Berücksichtigung der Landtags- und Bundestagswahlen am 6. September 2013 am Bodensee stattfinden. Das Präsidententreffen ist für Freitag, 14. Juni 2013, im Oberallgäu geplant.

Bezüglich der Themenwahl schlagen wir eine sinnvolle Ergänzung zum eben Gehörten vor. Ich war selbst einmal Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und in diesem Bereich für die ländliche Entwicklung in Bayern zuständig. Insofern ist mir Vieles, das vorgebracht wurde, bekannt. Wir schlagen vor, das Thema makroökonomisch zu ergänzen mit der Thematik «Europäische Strategie für den Alpenraum –





Auswirkungen der europäischen Alpenstrategie auf den Bodenseeraum». Die Anliegen des Bodenseeraumes sollen im Kontext zur europäischen Strategie betrachtet werden. Die makroregionalen Strategien gewinnen auf europäischer Ebene zunehmend an Bedeutung. Sie gelten als Instrument, um in grösseren geografischen Räumen gemeinsame strategische Ziele koordiniert umzusetzen. Nach dem Vorbild der EU-Donauraum- und der EU-Ostseeraumstrategie soll nunmehr auch eine Alpenraumstrategie erarbeitet werden. Die Vorteile liegen auf der Hand, die EU-Mitgliedstaaten sind alle daran interessiert. Wir haben auch das Glück, über einen Kommissar aus Österreich zu verfügen, der für Regionalpolitik auf europäischer Ebene zuständig ist. Ich habe ihn erst vorgestern in Bukarest auf einer Konferenz getroffen. Herr Johannes Hahn hat natürlich ein besonderes Verständnis für diese Dinge. Diese Chance müssen wir nutzen, um auf europäischer Ebene etwas voranzubringen. Glücklicherweise haben wir in Herrn Hahn jemanden, dem das Problem nicht zuerst erklärt werden muss, bevor weitergearbeitet werden kann.

Bayern hat im Mai 2011 eine Initiative für eine Alpenraumstrategie beschlossen und zwischenzeitlich viele Alpenregionen – unter anderem die Mitglieder der ARGE Alp (Arbeitsgemeinschaft Alpenländer) – für seine Initiative gewinnen können. Das Projekt wurde seitdem kontinuierlich vorangetrieben. Im Juni dieses Jahres wurde von den Alpenregionen ein gemeinsames Initiativpapier vorgelegt. Zentrales Ziel des Vorhabens ist es, die Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Regionen zu fördern und auszubauen. Weiter sollen in der Strategie die Themen Wasser, Energie, Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Klima, der alpenquerende Verkehr, anbindungstechnisch schwer zugängliche Alpenräume sowie die Zusammenarbeit aller Regierungen vertreten sein. Am 12. Oktober 2013 hat in Innsbruck eine Konferenz der Regierungschefs der ARGE Alpenländer und anderer Alpenregionen stattgefunden, um das Projekt den Vertretern der nationalen Regierungen vorzustellen. Es wurden wesentliche Fortschritte in die Richtung einer Alpenstrategie festgestellt. Der für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissar Hahn hat sich vorbehaltlos für eine Alpenstrategie ausgesprochen. Auf nationaler Ebene werden künftig Frankreich und Österreich die Initiative unterstützen und das Projekt vorantreiben. Aus meiner Erfahrung – ich war 14 Jahre lang Europa-Abgeordneter – darf ich sagen, dass die EU-Donauraum- und die EU-Ostseeraumstrategie auf diesem Feld ausserordentlich aktiv sind. Es wäre ein grosser Fehler der Länder, welche den Alpenraum bilden, wenn sie sich nicht auch in gleicher Weise zusammenschliessen würden, um diesen zentralen Raum Europas entsprechend gemeinsam zu planen und zu entwickeln. Wir sind vom politischen Prozess aufgefordert, uns ein bisschen zu bewegen, damit nicht andere ihre berechtigten Interessen für ihre Teilräume allzu sehr in den Vordergrund rücken und wir bei der Verteilung der Mittel das Nachsehen haben. Sie alle wissen, dass die Strategie für die nächsten sieben Jahre im Moment festgelegt wird. Diese Festlegungen sind dann nur noch schwer ausser Kraft zu setzen.

Wir sind der Meinung, dass dies eine gute Thematik wäre. Das heute Gehörte könnte makroökonomisch ergänzt werden. Für die Herbsttagung würden wir das Thema «Der Beitrag des Bodenseeraums zur Energiewende» vorschlagen. In der Schweiz findet eine ähnliche Diskussion wie in Deutschland statt, nur ist die Schweiz etwas klüger und geht etwas langsamer voran, weil die Schweizer gelernt haben, dass man zuerst nachdenken soll, bevor Beschlüsse gefasst werden. Dies war in Deutschland anders, trotzdem halte ich die Entscheidung für richtig. Wir müssen uns alle gemeinsam um dieses Thema kümmern und unsere Antwort darauf geben, wie wir die Energiewende bewältigen können. Zusätzlich könnte, je nach Verfahrensstand, das Thema Verkehr angesprochen werden. Besprochen werden könnte beispielsweise die Machbarkeitsstudie zu einer neuen Fähre und natürlich die leidigen Eisenbahnverbindungen zwischen Deutschland und der Schweiz auf der Strecke München-Zürich, die nach wie vor notleidend ist. Ich kann ein Lied davon singen, weil die Linie durch meinen Stimmkreis führt.

Dies wären unsere Vorschläge, wir sind jedoch gerne bereit, dies mit Ihnen zu besprechen, falls noch andere



Wünsche bestehen.

**Bernhard Egg, Kantonsratspräsident Zürich:** Vielen Dank für die interessanten Ausführungen. Das Programm hört sich sehr vielversprechend an. Ich gebe jedoch zu bedenken, dass der Montag der Sitzungstag des Zürcher Kantonsrates ist.

**Ivo Müller, Kantonsratspräsident Appenzell Ausserrhoden:** Ich möchte ebenfalls hinzufügen, dass am 18. März 2013 in Appenzell Ausserrhoden eine Kantonsratssitzung stattfindet. Es wäre uns unmöglich, an der Sitzung in München teilzunehmen, welche mich jedoch sehr interessieren würde.

**Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Landtag Bayern:** Wir haben uns überlegt, dass der Besuch in München in Verbindung mit einem Wochenende ermöglicht werden soll. Deswegen haben wir den Montag als Sitzungstag gewählt. Es könnte jedoch auch auf den Freitag ausgewichen werden. Wir sind daran interessiert, einen Termin zu finden, der möglichst allen passt. Der Montag ist keine bindende Vorgabe sondern lediglich ein Vorschlag.

**Ivo Müller, Kantonsratspräsident Appenzell Ausserrhoden:** Ich möchte vorschlagen, dass wir uns am Freitag, 15. März 2013 treffen.

**Dr. Paul Wengert, Landtagsabgeordneter Bayern:** Ich gestatte mir darauf hinzuweisen, dass die Woche vom 11. bis 15. März 2013 eine Informationswoche ist. In dieser Woche finden Fraktionsveranstaltungen statt, teilweise auch auswärts. Ich möchte vorsichtshalber darauf hingewiesen haben und fragen, ob der 22. März 2013 allenfalls auch in Frage käme?

**Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Landtag Bayern:** Sie haben die Ausführungen von Dr. Paul Wengert gehört. In dieser Woche finden keine Sitzungen statt, und die Informationswoche wird von den Ausschüssen häufig für Reisen ins Ausland genutzt. Von daher gesehen, habe ich ein gewisses Verständnis für den Einwand, bin aber der Meinung, dass dies nicht ausschlaggebend sein kann. Bayern ist nur ein Teil der Konferenz und wenn eine grosse Mehrheit der Teilnehmer meint, dass dieser Termin günstig ist, bin ich der Meinung, dass es meinen Kollegen im bayrischen Landtag zumutbar ist, sich darauf einzurichten. Ich schlage deshalb den Freitag, 15. März 2013, als Sitzungstag mit einem abschliessenden Abendessen vor.

#### **4.5. Diskussion über das Schwerpunktthema «Zwischenräume»**

**Ivo Müller, Kantonsratspräsident Appenzell Ausserrhoden:** Ich würde gerne eine kurze Diskussion über das diesjährige Thema «Zwischenräume» führen. Wir haben heute von verschiedenen Projekten gehört und erfahren, dass sehr viel geschieht. Diese Projekte scheinen mir aber doch eher für die peripheren Räume geeignet zu sein und nicht für die zentrumsnahen. An der Frühjahrstagung hat Herr Dr. Scherer davon gesprochen, dass sich die zentrumsnahen Räume als Wohn- und Freizeiträume positionieren können. Wie steht es nun mit den peripheren Räumen? Es wurden einige Anregungen gegeben und mich würde es interessieren, was Sie aus den beiden Tagungen mitnehmen können. Beurteilen Sie eine Positionierung als Wohn- und Freizeitraum als richtig?

**Dr. Paul Wengert, Landtagsabgeordneter Bayern:** Ich habe bereits an der Frühjahrstagung meine leise Kritik angebracht, welche im weiteren Verlauf der Tagung allerdings entkräftet werden konnte. Ich möchte



trotzdem nochmals darauf hinweisen, dass die Zwischenräume trotz der Landschaft, der Lebensqualität und der Freizeitmöglichkeiten in Zukunft nicht als reine Wohnstandorte definiert werden dürfen. Freizeiträume werden in der Regel nur an Wochenenden von Menschen aus städtischen Gebieten genutzt. Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, dort – im möglichen Rahmen und unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse – Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Die Bevölkerung entwickelt sich vermehrt zu einer Dienstleistungsgesellschaft – man mag das gut finden oder nicht. Die moderne Kommunikationstechnologie ermöglicht es uns heute, Unternehmen in der Dienstleistungsbranche auch in peripheren Räumen anzusiedeln, wenn keine Produktion stattfindet, die Unternehmung nicht auf Laufkundschaft angewiesen ist und wenn die geeigneten Fachkräfte vorhanden sind. Es geht darum, dafür zu sorgen, dass diese Räume nicht entvölkert werden. Solche Unternehmen können auch in peripheren Räumen Arbeitsplätze erhalten und schaffen und so die Wege zwischen Arbeit, Wohnen und Freizeit möglichst kurz halten. Aus leicht nachvollziehbaren Gründen brauche ich Ihnen die Kosten des motorisierten Individualverkehrs nicht darzulegen. In den nächsten fünf bis zehn Jahren werden wir nicht alle über Elektromobilität im individuellen Bereich verfügen. Nicht zu vergessen ist die Steigerung der Lebensqualität, wenn die Zeit auf der Strasse nicht zu lange ist. Dies mag für kleinere Räume nicht das entscheidende Problem sein, aber ich kenne in Bayern Menschen, welche von ihrem Wohnort regelmässig eine bis eineinhalb Stunden in ihrem Auto zum Arbeitsort unterwegs sind. Das ist keine gute Entwicklung und deswegen möchte ich meinen Einwand aus der Frühjahrstagung nochmals wiederholen.

**Wolfgang Reuther, Landtagsabgeordneter Baden-Württemberg:** Ich darf mich den Ausführungen meines Vorredners vollumfänglich anschliessen. Mein Kollege Hahn hat heute das ELR-Programm vorgestellt. Diese ELR-Fördermittel gehen ganz gezielt auch an Unternehmen, welche beispielsweise im Ortskern ansässig sind und expandieren möchten, dies jedoch aufgrund der räumlichen Problematik nicht können. Solche Unternehmen werden in den am Rand liegenden Gewerbegebieten angesiedelt, wo sie expandieren und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen können.

**Dr. Bernadette Mennel, Landtagspräsidentin Vorarlberg:** Ich kann dies nur bestätigen. Es wurde untersucht, weshalb diese Absiedelung stattfindet. Dabei kam man zur Erkenntnis, dass es wichtig ist, dass sich Frauen im gebärfähigen Alter in der Gemeinde wohlfühlen. Sie sollten die Möglichkeit haben, einer Arbeit nachgehen zu können. Diese Frauen sind also praktisch der Schlüssel, damit es nicht zu einer Absiedelung in ländlichen Gegenden kommt. Betroffen sind Frauen zwischen 16 und 45 Jahren. Fühlen sie sich in ihrem Umfeld wohl, ziehen auch die Männer dort hin. Dies hat die Studie erbracht – ich zitiere sie lediglich. Die Umgebung muss also attraktiv für Frauen sein. Dies ist der Fall, wenn sie die Möglichkeit haben, dort zu arbeiten und wenn der Beruf mit der Familie vereinbart werden kann, Stichwort Kinderbetreuung. Es ist ideal, wenn Familien Ganztageseschulen vorfinden. Wichtig sind zudem eine gute Nahversorgung und eine gute Anbindung.

**Ivo Müller, Kantonsratspräsident Appenzell Ausserrhoden:** Die letzten drei Voten gingen alle in dieselbe Richtung. Es geht nicht darum, Wohn- und Freizeiträume zu schaffen, sondern um eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung dieser Räume. Ich nehme an, dass niemand in diesem Raum dagegen sprechen wird. Wichtig sind auch die verkehrliche Anbindung und der öffentliche Verkehr. Ich werde die Präsentationen von heute und diese Kurzdiskussion gerne zusammenfassen und Ihnen auf der Homepage präsentieren, damit ein Ergebnis aus den beiden Tagungen festgehalten werden kann.



## 5. Homepage; weiteres Vorgehen

**Edith Beeler, 1. Vizepräsidentin Kantonsrat Appenzell Ausserrhoden:** Ich hoffe sehr, dass Sie unsere Homepage fleissig besucht haben. Wir haben eine Kostengutsprache für 5'000 Franken erhalten und anfangs Oktober 2012 wurde Ihnen ein Schreiben mit der Kostenaufstellung gesandt. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 3'100 Franken, sodass der Verteilschlüssel wie vorgegeben eingehalten werden konnte.

Alle Referate und Protokolle werden unter den Vorsitzländern oder -kantonen abgelegt. Demnächst werden wir die Einladung aus Bayern erhalten, welche unter dem Vorsitzjahr 2013 abgerufen werden kann. In unserer Runde kommen jedes Jahr neue Personen hinzu, welche sich mit dieser Homepage besser zurechtfinden werden.

**Reto Zingg, Ökoberater in Ebnat-Kappel SG:** Werden auch Presseartikel über diese Tagung auf der Homepage publiziert?

**Edith Beeler, 1. Vizepräsidentin Kantonsrat Appenzell Ausserrhoden:** Dies ist natürlich auch möglich. Die Presse wurde an die heutige Tagung eingeladen, leider ist niemand anwesend. Die Zusammenfassung von Kantonsratspräsident Ivo Müller wird jedoch auf der Homepage publiziert, ebenso die von uns verfasste offizielle Medienmitteilung. Da unsere Tagungen im Internet abgerufen werden können, erhält unsere Konferenz ein offizielleres Gewicht. Die Protokolle sind für die Öffentlichkeit zugänglich, was unserem Gremium mehr Gewicht gibt.

## 6. Kurzbericht über die Aktivitäten der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK)

**Martin Birchler, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der IBK:** Auf Ihren Tischen liegt eine Kurznotiz der IBK-Geschäftsstelle auf, welche einen Überblick über die bearbeiteten Themen gibt. Seit Ihrer letzten Tagung wurden zahlreiche Themen weiterverfolgt und ich freue mich, Sie darüber informieren zu können. Zu drei Themen, die für Ihre Konferenz von gewissem Interesse sein dürften, möchte ich mich näher äussern, nämlich zur Governance, zur Nachhaltigkeit und zur Energiewende. Das Thema Energiewende wird Bayern im Rahmen des Vorsitzjahres aufnehmen und weiterverfolgen.

Anlässlich des Kaminesgespräches haben die Regierungschefs den Auftrag für die Governance-Gespräche mit dem Bodenseerat, dem Internationalen Städtebund Bodensee und der Parlamentarier-Konferenz Bodensee nochmals konkretisiert und geschärft. Ziel ist es, dass in gemeinsamen Interessenlagen verstärkt ein gemeinsames Zusammenwirken erfolgt. Wir marschieren alle in dieselbe Richtung, es besteht jedoch ein zu grosser Abstand zwischen den verschiedenen Gremien. Die Schultern müssen näher zusammengebracht werden, so sind wir gemeinsam sichtbar für grosse Themen, welche im Bodenseeraum anstehen. So können wir unser Wirken verstärken und es wird besser sichtbar, wofür sich die IBK, die Parlamentarier-Konferenz Bodensee und der Bodenseerat einsetzen. Dies ist vor allem dann wichtig, wenn es um die Durchsetzung von politischen Themen gegenüber den jeweiligen Bundesstaaten geht. Wir müssen auch in Bern, Berlin oder Wien das notwendige Gehör finden, um im Bodenseeraum positive Entwicklungen erzielen zu können. Die Konferenz der Regierungschefs ist aber auch der Meinung, dass die einzelnen Gremien ihre Eigenständigkeit und ihre Eigenheiten bewahren sollen. Es geht also nicht um eine Vermischung, sondern um ein klares Rollenverständnis der einzelnen Gremien, welche in gewissen Fällen zusammenwirken sollen. Die IBK geht keine finanziellen Verpflichtungen gegenüber den andern Gremien ein. Es ist von hoher Bedeutung, dass kein



Geld oder andere Mittel verschoben werden. Die Troika hat am 5. und 7. September 2012 die Gespräche mit dem Städtebund Bodensee und dem Bodenseerat geführt. Das Gespräch mit dem Vorsitz der Parlamentarier-Konferenz Bodensee steht noch aus. Ich darf mit gutem Gewissen sagen, dass ausgesprochen wertvolle Gespräche mit dem Städtebund Bodensee und dem Bodenseerat stattfanden. Der Städtebund Bodensee hat natürlich eine ganz andere Dynamik als die IBK oder die Parlamentarier-Konferenz Bodensee, was eine Zusammenarbeit sehr wichtig macht. Wir haben uns darauf geeinigt, in einigen Feldern ein mögliches Zusammenwirken zu besprechen, dabei standen die Energie und Verkehrsmängel im Vordergrund. Zudem haben wir uns vorgenommen, uns gegenseitig besser zu informieren, damit eine Kontinuation stattfinden kann. Es wurde das Beispiel angeführt, als der Bodenseerat zum Thema Stromnetze eine gross angelegte Konferenz angesagt hat, derweil die Regierungschefs im Strategiegeläch beschlossen haben, das Energieinstitut Vorarlberg mit einer Studie bezüglich grenzüberschreitender Netze zu beauftragen. Wenn wir uns verzetteln und solche Megathemen der Politik einzeln für sich besprechen, gelangen wir nicht über die Ziellinie. Wir müssen diesbezüglich mehr Gemeinsamkeit fördern. Als erste Massnahme wurden die drei Verbände – der Städtebund Bodensee, der Bodenseerat und die Parlamentarier-Konferenz Bodensee – zu Koordinationsgesprächen eingeladen. Diese finden am Vortag der nächsten Sitzung des Ständigen Ausschusses hier in Heiden statt, damit sich die Präsidien gegenseitig darüber austauschen können, was ansteht. Meiner Meinung nach ist es ein vernünftiger erster Schritt, dass diese zwischenstaatlichen Organisationen sich regelmässig zu einem Austausch treffen. Wir befinden uns nun in einer Versuchsphase und werden das eine oder andere wohl nachbessern müssen. Immerhin sind wir jedoch einen grossen Schritt weitergekommen.

Zur Nachhaltigkeit: Im Dezember 2010 wurde die Bodenseeagenda 21 aufgelöst und die Regierungschefs haben den Auftrag erteilt, die nachhaltige Entwicklung in die Kommissionsarbeit zu integrieren. Dazu wurde eine Projektgruppe eingesetzt. In der Tischaufgabe finden Sie einen Zeitungsbericht vom 13. Juni 2012 vom Tag der Kommissionen in Herisau in Appenzell Ausserrhoden. Das war eine gut organisierte und wertvolle Tagung, es konnten sich alle Kommissionsmitglieder über die Kommissionsgrenzen hinaus aussprechen. Diese Tagung fand auch dementsprechend grossen Anklang, einerseits weil endlich einmal eine übergreifende Kontaktebene hergestellt wurde, aber auch im Ergebnis, wie es im Bereich der nachhaltigen Entwicklung weitergehen soll. Im Fazit hat die Konferenz der Regierungschefs diese Zusammenarbeit ebenfalls sehr positiv beurteilt, insbesondere hat sich gezeigt, dass in der IBK gewisse institutionelle Fragen nochmals neu zu überprüfen sind, vor allem im Bereich der Zusammenarbeit. Es wurde jedoch klar geäussert, dass die Organisation schlank und pragmatisch bleiben und nicht wachsen soll. Sie soll schlagkräftig sein und in diesem Sinn auch weniger Handlungsschwerpunkte setzen, dafür solche, welche in konkreten Projekten umgesetzt werden können, damit allfällig notwendige Investitionen auch schnell zum Tragen kommen. Zudem ist die Frage offen, wie die IBK mit Entscheidungen auf Fachministerebene umgeht. Es stellt sich die Frage, in welchem Zusammenhang solche Fachministerkonferenzen Entscheide treffen dürfen, welche den gesamten Bodenseeraum betreffen. Diese Fragen sind noch offen und wir werden sie im nächsten Jahr anzusprechen haben.

Das dritte Thema betrifft die Energiewende. Davon habe ich an Ihrer letzten Tagung nicht gesprochen, da sie sehr kurzfristig auf den Tisch gebracht wurde. Ausserdem verfügten wir über Rücklaufmittel aus der Bodenseeagenda 21, die wir verwenden konnten, nachdem Bayern den Zuspruch gegeben hat, dass es auf eine Rückzahlung seines Anteils verzichtet. So waren alle 10 Anteile beisammen und wir konnten eine Studie auslösen. Es geht darum, ein strategisches Thema aufzugreifen und die grenzüberschreitenden Energiefragen anzusprechen. In Auftrag gegeben wurde eine Statusbericht und eine Auslegeordnung. Es wird nach Möglichkeiten gesucht, wie die bestehenden Erfahrungen ausgetauscht werden können, vor allem im Bereich



der Energieversorgung, der Effizienz, aber auch der Suffizienz und der grenzüberschreitenden Stromnetze. Der Antrag liegt vor, die Stossrichtung wurde in der Strategiesitzung der Regierungschefs bestätigt und der Auftrag wurde zwischenzeitlich dem Energieinstitut Vorarlberg erteilt. Zu Beginn des nächsten Jahres werden wir erste Ergebnisse vorweisen können.

Weiter möchte ich noch drei weitere Punkte ansprechen. Mit Freude mache ich Sie darauf aufmerksam, dass am 7. November 2012 in diesem Saal die IBK-Förderpreisverleihung stattfindet, dieses Mal zum Thema Schauspiel. Es war kein leichtes Unterfangen, den Bereich Schauspiel in eine Förderpreisverleihung zu fassen, aber was viel Aufwand birgt, endet meistens äusserst spannend. Besuchen Sie uns am 7. November wenn Sie Zeit und Lust haben, es handelt sich um eine öffentliche Veranstaltung.

Anlässlich des Apéros werden wir verschiedene Prospekte auflegen, welche Sie zur Information gerne mitnehmen können. Aufliegen werden die Broschüre zum Kleinprojektefonds, eine Broschüre zum Preis der Gesundheitsförderung, eine Broschüre zum Jugendideenwettbewerb – das ist eine Veranstaltung, welche in den nächsten Jahren unter der Hoheit von Bayern durchgeführt wird – und eine Broschüre zur Tagung zum internationalen Nahversorgungstag.

Nun möchte ich mich von Ihnen verabschieden, das ist mein letzter Auftritt in dieser Runde. Ich werde mich nächstes Jahr selbständig machen und nicht mehr beim Staat arbeiten. Mein Nachfolger, Herr Roger Nobs, sitzt bereits in dieser Runde, das heisst jedoch nicht, dass er auch mein Nachfolger in dieser Konferenz sein wird, denn eine solche Wahl erfolgt durch den Ständigen Ausschuss. Meine Nachfolgeregelung werden wir an der nächsten Sitzung thematisieren. Ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken für die guten Gespräche und vor allem dafür, dass Sie mir hin und wieder grosszügig verziehen haben, wenn ich allzu exekutive Festlegungen gemacht habe.

## 7. Kurzbericht über die Aktivitäten des Bodenseerates

Dieses Traktandum entfällt.

## 9. Allfälliges

**Dr. Paul Wengert, Landtagsabgeordneter Bayern:** Ich habe eine Frage an Martin Birchler, der an der letzten Tagung Stellung zu den Behindertentarifen auf den Bodenseeschiffen genommen hat. Er hat ausgeführt, dass sich eine Lösung abzeichnen würde. Ich würde gerne nochmals etwas dazu hören, damit wir dieses Kapitel abschliessen können.

Mit der in einem Jahr zu erwartenden Öffnung der zweiten Pfändertunnelröhre – das heisst mit der Inbetriebnahme beider Röhren – soll gleichzeitig die Korridorvignette abgeschafft werden. Dies empfinden wir vor allem aus Gründen des Schutzes der Anlieger als ungünstig und bitten die österreichische Verkehrsadministration, die Korridorvignette beizubehalten.

Ein vielleicht marginal erscheinendes Problem hat der Oberbürgermeister der Stadt Lindau, er hat dieses sogar dem bayrischen Ministerpräsidenten vorgetragen. Er hat mich gebeten, dies auch heute anzusprechen, obwohl wir heute sicherlich nicht darüber diskutieren können, aber vielleicht an der nächsten Tagung. Das Petikum des



Oberbürgermeisters betrifft Seebestattungen im Bodensee. In Deutschland ist dies nicht erlaubt. Wenn ein Schweizer Bestatter jedoch gebeten wird, eine Bestattung vorzunehmen, ist es offensichtlich möglich, die Urne im Bodensee zu bestatten oder sogar das Ausstreuen der Asche in den Bodensee zu veranlassen. Angeblich haben sich schon verschiedene Unternehmen darauf spezialisiert. Der Oberbürgermeister der Stadt Lindau ist der Meinung, dass zum Schutz des Trinkwasserspeichers Bodensee und auch aus Pietätsgründen eine Regelung getroffen werden könnte, um dem zu begegnen. Ich selber habe keine abschliessende Meinung dazu, ich wollte dieses Anliegen lediglich vortragen.

**Ivo Müller, Kantonsratspräsident Appenzell Ausserrhoden:** Ich schlage vor, dass wir den letzten Punkt mal so im Raum stehen lassen. Zur Beantwortung der beiden anderen Anliegen möchte ich Martin Birchler und Dr. Bernadette Mennel das Wort erteilen.

**Martin Birchler, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der IBK:** Was die Behindertentarife betrifft, so sind wir diesen Schritt noch nicht weiter gekommen. Eine solche Regelung sollte von den betroffenen Betrieben freiwillig getroffen werden. Es zeichnet sich ab, dass eine Begleitperson frei mitfahren darf. Die Betriebe sind momentan daran, diesen Aufwand zu klären. Die Regierungschefs haben Kenntnis davon genommen, dass es in diese Richtung weitergehen wird. Ich muss Sie jedoch nochmals ein wenig vertrösten.

**Dr. Bernadette Mennel, Landtagspräsidentin Vorarlberg:** Ich bin selbst Bregenzerin und Betroffene. Wir kämpfen um die Korridorvignette, leider hat dieser Kampf noch keine Früchte getragen. Wir bleiben aber am Ball.

**Ivo Müller, Kantonsratspräsident Appenzell Ausserrhoden:** Wir sind am Schluss unserer Tagung angelangt. Der Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden hofft, dass Sie viele Anregungen zum Thema «Zwischenräume» erhalten haben. Zum Schluss möchte ich mich bei allen Referentinnen und Referenten herzlich bedanken für ihre interessanten, aufschlussreichen und gewinnbringenden Vorträge. Bedanken möchte ich mich aber auch beim Vorbereitungsteam für die Organisation des Anlasses. Ihnen allen danke ich für Ihre Teilnahme.

In diesem Sinne schliesse ich die Tagung.

Für das Protokoll

Sonja Forrer-Näf  
Kantonskanzlei Appenzell Ausserrhoden